

Der Tabak-Zigarrenarbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition ausgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 25 Pf. für die gesuchte Zeitzeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 12

Sonnabend, den 19. März

1916

Was den Tabakarbeitern bevorsteht.

Wenn es nach der Neuerierung geht, die anscheinend im amtlichen Auftrag die Nordde. Allg. Zeitung brachte und die demnach wohl als die Aussage im Reichsschahamt zu gelten hat, so haben die Tabakarbeiter unter der geplanten Erhöhung der Tabakabgaben wenig oder garnicht zu leiden. Schon in der vorigen Nummer des "Tabak-Arbeiter" haben wir gegen die Aussage Stellung genommen und unsere Gründe gegen die Notiz der Nordde. Allg. Zeitung ins Feld geführt. Heute wollen wir den Faden weiter spinnen und einige Beweise dafür bringen, wie jede Steuererhöhung auf die Lage der Tabakarbeiter ungünstig einwirken muss. Zunächst müssen wir noch einmal auf die Vorbereitung zurückkommen, die nach der habsburgischen Notiz bei der Steuererhöhung im Jahre 1909 im hohen Maße erfolgt und jetzt so gut wie ausgeschlossen sein soll. Wir dürfen da wohl die Neuerierung einer Körperschaft heranziehen, die über die Lage der Zigarettenindustrie jederzeit gut unterrichtet sein kann und es auch ist. Die Mannheimer Handelskammer schrieb nämlich in ihrem Jahresbericht für 1910, nachdem sie festgestellt, daß der Rückgang in der Herstellung in der Zigarettenindustrie 11,6 Prozent, in der Rauchtabakindustrie 6,4 Prozent und in der Raumtabakindustrie 6,6 Prozent betragen hatte, folgendes: „Es wird häufig zur Erklärung dieses Rückganges die sog. Vorratsförderung vor Intratretene des Gesetzes herangezogen. Wir haben schon in unserem vorjährigen Jahresbericht eingehend dargelegt und begründet, daß von einer solchen Vorratsförderung in größerem Maßstabe nicht die Rede sein könnte.“ Die Erfahrung der Mannheimer Handelskammer entspricht auch unserer Erfahrung.

Die Handelsämtern und viele Gemeindeaufsichtsbeamten, in deren Bezirken viel Tabakindustrie ist, legten über den Konsum, bzw. den Produktionsrückgang in der Tabakindustrie nach der Steuererhöhung vom Jahre 1909. Sollte das jetzt, nachdem wir mit einer so enormen Preissteigerung aller Bedarfsgegenstände und einer so enormen Preissteigerung der Tabakfabrikate zu rechnen haben, anders sein? Allerdings etwas wird der Krieg, der ja schon durch die Lieferung von Tabakfabrikaten an die Soldaten unsere Industrie stark beeinflußt, verdecken. Man muß bedenken, daß der Konsumrückgang sich gerade bei den billigen Sorten zeigen muß und nach 1909 auch zeigte. Das wird demnach jetzt bei der allgemeinen Teuerung erst recht der Fall sein. Dagegen kann der "Kriegskonsum" schließlich nicht mehr auftreten.

Am 17. Januar 1910 hielt der damalige Reichsschahsekretär im Reichstage eine Rede, in welcher er mitteilte, daß an Gesuchen arbeitsloser Tabakarbeiter um Unterstützung vom 15. August bis Ende Dezember 1909 nicht weniger als 53 586 eingegangen seien, von denen 46 000 als berechtigt anerkannt worden seien. Wir meinen, wenn in so kurzer Zeit 46 000 oder gar 53 586 arbeitslos wurden, so kann man angesichts des damaligen Gesamtarbeiterstandes wohl von einer verheerenden Wirkung der Steuererhöhung reden. Freilich waren diese unterstützten Arbeiter und Arbeitnehmer nicht alle zu gleicher Zeit arbeitslos, der Reichsschahsekretär schätzte die Zahl der Arbeiter, die durchschnittlich während der ganzen obengenannten Zeit außer Arbeit waren, auf durchschnittlich ein Fünftel der Unterstützungsbevölkerung. Immerhin eine erschreckend hohe Zahl. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie im Jahre 1910 noch stieg und einen höheren Grad als in den Monaten August bis Dezember 1909 erreichte.

Die Regierung will uns nach der Nordde. Allg. Zeitung Glauben beibringen, als sei für die Arbeiterschaft diesmal nichts zu befürchten, obwohl die gegenwärtige Forderung weit über die Summe hinausgeht, die durch die Erhöhung von 1909 verlangt und eingebroacht wurde. Wie immer, wird die Arbeiterschaft in der Zigarettenindustrie in erster Linie leiden. Im Jahre 1908 waren in der Zigarettenindustrie in 6013 Betrieben 146 428 Arbeiter beschäftigt (nach der Statistik der Tabak-Berufsgenossenschaft). Es hatte in den Jahren vorher eine normale Entwicklung stattgefunden. Im Jahre 1910 sind es nur noch 5761 Betriebe mit 125 837 Arbeitern. Demnach waren 252 Betriebe und 10 391 Arbeiter durch die Steuererhöhung aus der Zigarettenindustrie hinausgedrangt worden. In der Rauchtabakindustrie betrug die Arbeiterzahl im Jahre 1908 3903, dagegen im Jahre 1910 3910, also ein Rückgang von 53 Arbeitern. Die Rauchtabakindustrie zählte 1908 3725, 1910 3627 Arbeiter, also selbst ein Rückgang der Arbeiterzahl, obgleich man bei der Steuererhöhung die Pleise des "kleinen Mannes" ganz besonders herauszustreichen sich bemühte, freilich, zu dem Zweck, den deutschen Tabaksbauern gefällig zu sein. Die Zigarettenindustrie hatte zwar eine Arbeiterzunahme trotz Erhöhung der Banderolessteuer; wie sich die Verhältnisse dort aber

entwickelten, ist an anderer Stelle dieses Blattes dargelegt. Auch im Jahre 1913 hatte die Zigarettenindustrie ihre Arbeiterzahl von 1908 nicht wieder, nämlich erst 144430; auch die Rauchtabakindustrie hatte im Jahre 1913 erst 3939 Arbeiter wieder. Wir meinen, daß Wirkungen von großer Tragweite auf die Lebenshaltung der deutschen Tabakarbeiter, die auch jetzt leider widerkehren werden trotz des Krieges und erst recht nach Beendigung des Krieges sich geltend machen werden.

Zur Tabaksteuerfrage.

Nachdem bekannt ist, was die Regierung aus dem Tabak mehr herausholen will, wird es lebendig in der Industrie und es scheint, als ob der Deutsche Tabakverein mehr geboten hat, als selbst die Unternehmer allgemein der Regierung zu geben geneigt waren. Einhundertundsechzig Millionen neuer Steuern, neben 200 Millionen bereits bestehender ist wahrscheinlich keine Kleinigkeit und manchem Industriellen, der berichtet war, angeblich der Verhältnisse noch eine weitere Belastung des Tabakgewerbes in den Kauf zu nehmen mag jetzt ein Grauen überkommen. Bei den Arbeitern ist, nachdem sie immer die meisten Haare lassen mußten, erst recht kein Verständnis für solche Pläne zu erwarten; sie haben denn auch bekanntlich ihre Stellungnahme in einer Kundgebung niedergelegt. Und es ist bezeichnend, daß sich die Wege der Fabrikanten und Arbeiter in den Steuerfragen immer mehr zu trennen scheinen. Früher lehnten Fabrikanten und Arbeiter jegliche Steuererhöhung ab, aber schon 1909 gab es eine Gruppe von Fabrikanten, die der Regierung erhebliche Steuererhöhungen gewähren wollten und die auch positive Vorschläge in bezug auf die Steuerart machte, während die Arbeiter zunächst ablehnten. Jetzt wollen die Unternehmer noch mehr geben, und zwar die vom Deutschen Tabakverein allein haben den Vorschlag auf über 70 Millionen gemacht, und der Rest zu den 160 Millionen soll aus der Zigarettenindustrie herausgeholt werden. Hierzu hatten die Zigarettenindustriellen ebenfalls ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen. Allerdings hat diese Bereitwilligkeit ein Loch bekommen, denn durch die Presse geht die Notiz, daß in einer Versammlung von Verbänden und Unternehmern der Zigarettenindustrie sowie der Händlervereine beschlossen wurde:

1. Die Händler erklären sich gegen jede steuerliche Mehrbelastung des Tabakgewerbes in seiner Gesamtheit oder einer seiner Zweige während des Krieges. 2. Die Zigarettenfabrikanten erklären ihrerseits eine steuerliche Belastung der Zigarette für die Dauer des Krieges für gänzlich unannehmbar und widerstreben der in der Begründung der neuen Steuererhöhung vorgetragenen Aussage, als ob sie derselben, wie sie vorliegt, zugestimmt hätten.

Danach zu schließen, hat die Zigarettenindustrie jetzt kein Interesse mehr an der Regierungsvorlage. Der Grund scheint uns darin zu liegen, daß die Regierung über das von der Zigarettenindustrie Vorgebrachte nach Höhe und Art der Steuer hinausgegangen ist. Folgende, vom Berl. Tagebl. in der Morgenauflage vom 10. März veröffentlichte Zuschrift spricht es deutlich aus:

Zur geplanten Besteuerung der Zigaretten Seite der Vorstand des Verbandes der deutschen Zigarettenindustrie im Januar eine Einladung des Reichschambans zu einer Sitzung folgend, den Standpunkt eingenommen, daß die Zigaretten unter gewissen Voraussetzungen mit Rücksicht auf die Not des Vaterlandes eine höhere Belastung übernehmen müssen. Der Verband hatte der Form eines Kriegsaufschlages zur bestehenden Banderolessteuer gegenüber anderen Formen den Vortritt gegeben. Dabei wurde aber als Voraussetzung gefordert, und von den Vertretern des Reichschambans auch zu erfüllen, daß die Abwendung des Kriegsaufschlages auf den Verbraucher gelegentlich sicher gestellt wird, daß keine Erhöhung des Rohtabals erfolge, und daß die Belastung besonders für die billigen Zigaretten nicht höher als 20 Prozent der Kleinvverkaufspreise, berechnet von der unteren Steuergrenze, befragt soll. Da der jetzt veröffentlichten Vorlage des Bundesrates ist nun keiner dieser Wünsche berücksichtigt worden, obgleich das Reichsschahamt die Erfüllung der Wünsche zu gesagt und bei der erwähnten Verabredung auch ausdrücklich zugesagt hatte, das selbstverständlich die Abicht dahin ginge, daß der Verbraucher die höhere Steuer trage, damit sie auf möglichst viele Schultern verteilt werde.

Zu der durch die Verbandsvorlage veränderten Sachlage hat der Vorstand des Verbandes der deutschen Zigarettenindustrie erneut Stellung genommen und ist zu einer einschlägigen und detaillierten Erörterung des vorliegenden Entwurfs gelangt. Die im Entwurf vorgesehene Belastung durch den Kriegsaufschlag anhand der Rohstoffzehrung ist so hoch, daß sie zwischen 150 bis anfänglich 200 Prozent der heutigen Steuerbelastung beträgt. Sie würde einen Finanzbedarf erfordern, der von mancher großen Fabrik schwierig, von den meisten mittleren und kleinen Fabriken gar nicht aufzubringen wäre. Der Verband fordert, daß der Reichstag dennoch auf eine Belastung der Zigaretten nicht verzichten sollte, doch auch für die Zigarettenindustrie ebenso wie es der Zigaretten-, Rauch-, Kau- und Schnupftabakindustrie angezeigt worden ist, eine endgültige Form der Belastung, die gerecht wird, damit nicht nach dem Kriege, wie es schändlich bedacht ist, nochmals bewilligt wird.

Die obenerwähnte Versammlung erklärte dann noch: Es liegt sowohl seitens des Handels als auch seitens der Bi-

certenindustrie die ausgeschlossene Bereitwilligkeit vor, bei Eintritt normaler Verhältnisse, d. h. nach Friedensschluß, bei der Ausbringung der Goldfördererträge für das Reich durch eine endgültige Besteuerung, erhebliche Opfer zu bringen. Handel und Industrie bieten für diese Zeit ausdrücklich ihre Arbeit an in der Erwartung, daß dann auf Grund raschster Sicherung und sorgfältiger Arbeit eine endgültige Form gefunden wird, die Handel und Industrie annehmen kann und die alle Gefahren sowohl für diese als auch für die Arbeiterschaft vermeidet.

Das mit der Arbeiterschaft schaffen wir den Leuten, sie haben sich nie um die Interessen der Arbeiterschaft gekümmert.

In der Zigarettenindustrie ist man mit den Vorschlägen des Deutschen Tabakvereins, die ja die Regierung zu den übrigen gemacht hat nicht überall einverstanden. Bekannt ist, daß der Mitteldeutsche Zigarettenfabrikanten-Verband eine Protestbewegung ins Leben gerufen hat und hat die von diesem Verein ausgehende Eingabe an die Regierung vollständig unterschlagen gefunden. Auch ein Teil der westfälischen Fabrikanten hat gegen den Vorschlag des Tabakvereins in einer Versammlung in Bünde Stellung genommen. So sieht sich denn auch der Deutsche Tabakverein genötigt, durch eine Denkschrift seinen Standpunkt zu erklären, die die Südd. Tabakzeitung in ihrer Nummer vom 12. März veröffentlicht. Außerdem liegen noch eine Reihe Proteste von Händlerorganisationen vor. Natürlich hat auch die Tabakarbeiterchaft bereits Gelegenheit gerommen, öfflich Meinung zu nehmen und hat man sich überall im Sinne der Frankfurter Kundgebung ausgesprochen. Weitere Kundgebungen werden folgen. In den nächsten Tagen dürfte die Vorlage im Plenum des Reichstages zur Verhandlung kommen, um dann einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen zu werden. Wir rufen den Vertretern im Reichstage zu: Denkt an die von Ihnen gebrochenen deutschen Tabakarbeiter!

Die Berliner Zigarettenindustrie während des Krieges.

Wie überall das ungeheure Geschehen des Weltkrieges beim Ausbruch gleich einem kalten Sturm auf Industrie und Handel wirkte wie allenhalben der Verkehr stierte die Un Sicherheit und Notigkeit in Bezug auf die kommenden Verhältnisse zunahm und fast alle Industrien, wenn nicht zum Stillstand, so doch zu vorzeitigem Operieren nötigte, so zielte es auch in der Berliner Zigarettenindustrie. Gleich nach Ausbruch des Krieges wurde, wie auch anderwohl, in den Berliner Zigarettenfabriken die Arbeit eingeschränkt. Teilsweise durch Partizipatheit, andernfalls durch Entlassung von Arbeitern, namentlich Handarbeiter, wurde die Produktion auf ein Minimum herabgedrückt. Von den Entlassungen wurden vor allem die sog. feindlichen Ausländer betroffen; Kollegen und Kolleginnen, die mit uns seit langen Jahren zusammen arbeiteten, gelitten, die ebenso wenig wie wir am Ausbruch des Krieges Schuld waren, lagen auf Streichplätzen. Und doch hatten diese Leute keinen anderen Wunsch, als ungelöst ihr Brod weiter zu verdienen. Verbindet sie doch nichts mehr mit den Vätern, bevor Staatsangehörige sie sind. Nach uns noch wurden diese Kollegen in fast allen Fabriken wieder eingestellt, nachdem die Unternehmer sich gewußt hatten, daß letzten der Militärbehörden gegen die Wiederbeschäftigung kein Einbruch erhoben wurde. Nur die Gründ. Garde machte eine Ausnahme. Die Leute, die aus der Fabrik heraus verhaftet und kurze Zeit interniert worden waren, wurden nach ihrer Entfernung nicht wieder eingestellt. Eines gewissen Heimes entbehrt es nicht, wenn man sich vor Augen führt, daß der Begründer der Firma Herr Rosenthal, selbst ein geborener Jude ist. Mit der Einheit der Sicherheit in der Industrie nach den ersten entscheidenden Sieg des Deutschen Truppen wurden auch die Arbeitsverhältnisse wieder besser. Ein Erfolg für den im Augenblick verlorengangenen Auslandsmarkt fand die Industrie im Auslande infolge des Verlands von Feindschäden, und durch die dann eine leisende Bestellung der Militärbehörden entstand eine Hochkonjunktur, wie sie wohl noch nie zu verzeichnen war. Sicherungslösung wird diese Mehrproduktion erst bekannt werden, wenn im kommenden Jahre das statistische Material vorliegen wird. Für heute kann man nur sagen, daß mit den zu jener Zeit vorhandenen Arbeitskräften, sowohl manuellen als maschinellen, die verlangten Zigaretten in der regelmäßigen Arbeitszeit nicht hergestellt werden konnten und vielfach Überarbeitung geleistet werden mußte. Im Laufe der Monate wurden dann durch Rekonstruktion von Maschinen die Fertigkeiten auf eine enorme Leistungsfähigkeit gebracht. Im Laufe der verbesserten eineinhalb Jahre haben wir hier eine Vermehrung der älteren Kollegen der Zigarettenmaschinen erlebt, die niemals in so kurzer Zeit für möglich gehalten hätte. Doch lassen wir die Sache reden:

Vor Einführung der Banderolessteuer waren in Berlin in zwei Fabriken einige Maschinen mit einer Gesamtleistung von etwa 200 Mill. Stücklich im Betrieb. Nach Einführung dieser Steuer sind die Maschinen an sich in Berlin eingeschleppt und vorwiegend bei der Erhöhung der Steuer im Jahre 1909 32 Zigarettenmaschinen in 13 Fabriken. Durch die starke Belastung der Industrie infolge der erhöhten Banderolessteuer erhält die Entwicklung einen kräftigen Aufschwung, so daß im Mai 1910 in 18 Fabriken 22 Zigarettenmaschinen in Betrieb waren. Die Fertigung einer bis dahin nie gesehene Arbeitslosigkeit unter den Handarbeitern. Der starke Aufschwung, den die Zigarettenindustrie in der Folge nahm, kam der Reichsainenarbeit ausköpflich zugute. Nach einer im Jahre 1912 aufgenommenen Statistik und zu dieser Zeit 72 Maschinen mit einer Leistungsfähigkeit von etwa 200 Mill. Stücklich im Betrieb, und kurz vor Ausbruch des Weltkrieges im Mai 1914, finden wir in 25 Fabriken 103 Zigarettenmaschinen mit einer auf 300 Mill. Stücklich Leistungsfähigkeit. Seitdem hat sich die Zahl der in den Betrieben eingeschleppten Maschinen nahezu verdoppelt. Nach einer

stehen zusammengefasst und zeigt die Werte für 25 verschiedene Zigarettenmaschinen und 185 Hülsenmaschinen. Von Zigarettenmaschinen sind folgende Systeme vertreten: 64 U.S. (81), 41 U.S. (15), 36 Cigfors (8), 1 Tabakfabrik und 1 Cumberland und 50 (22) Stochmaschinen. Die eingefüllmarmierten Zahlen geben die Zahl der Maschinen der einzelnen Systeme vor 1½ Jahren wieder und zeigen, daß gerade die schnelllaufenden Maschinen am Zahl außerordentlich angewachsen haben. Die Leistungsfähigkeit der Gesamtheit der Zigarettenmaschinen wird mit 10.000 Mille (15 Millionen Stück) täglich angegeben zu hoch veranschlagt und entspricht einer Durchschnittsleistungsfähigkeit von 12.000 Standardstunden.

Infolge der guten Konjunktur war es allen in den Industrie-tätigen Arbeitern und Arbeiterninnen möglich, ihre Löhne zu verbessern, wenn auch die Verbesserung nicht sofort die Steigerung der Lebensmittelpreise wiedermachte. Für die Zigarettenarbeiter wurde im allgemeinen in den ersten Jahre eine Lohnsteigerung von 15 Prozent und für die Tabakarbeiter eine in den einzelnen Fabriken verschieden Teuerungszulage von 10 bis 20 % pro Tag eingestellt. Infolge der immer mehr zunehmenden Tzurücknahme an die Fabrikanten im Winter ein übermaßiges Verlangen nach einer Lohnanlage gestellt. Nach mehreren Verhandlungen wurde dann nach erfolgter Vermittlung des Einigungskomitees des Berliner Gewerberates eine durchschnittliche Teuerungszulage von 10 Prozent gewählt. Das Votum, für die in einzelnen Betrieben zum Teil sehr geringe bezahlten Hilfsarbeiterinnen einen bestimmten Anfangslohn festzulegen, hatte insofern Erfolg, als nach vierwöchiger Täglichkeit für ungeliebte Arbeitertanten ein Mindestlohn von 11 % wöchentlich gezahlt werden muß, denen in bestimmten Fällen bestimmte Lohnzulagen zu folgen haben. Dem Gebrauch der tariflichen Regelung der Lohnverhältnisse standen die Unternehmer abwehrend gegenüber, trotzdem die Maschinenführer und Kartonagenarbeiter bereits Tarife besaßen.

Siehe ich in Vorstehendem berichtet, kann keiner ein Bild der Entwicklung der Berliner Zigarettenindustrie, wie sie sich bisher gezeigt hat, zu geben, so sei es mit gestattet, noch kurz einige Aus-sichten in die Zukunft zu tun. Erstlich die neu geplante Zigarettenarbeiter und der Kriegszuschlag für die Zigarette drohen vor der Tür und löst in jedem in der Industrie Beschäftigten die bange Frage aus: Was wird werden? Um dringlichsten ist diese Frage für die Handzigarettenarbeiter. immer mehr ist im Laufe der letzten Jahre die Maschine in die Industrie eingedrungen. Wenn noch soviel handarbeiter, wie augenscheinlich, in den Fabriken beschäftigt werden, so kommt das daher, daß die Zunahme des Konsums von Zigaretten der besseren Preisslagen sich wesentlich gehoben hat. Die Zigaretten in der Preisspalte von 5-5 pro Stück werden fast alle mit der Marke bezeichnet. Wird nun die Steuer erhöht, so ist gewiß, daß die große Mehrzahl der Raucher zu niedrigeren Preisslagen übergeht.

Das wird vor allen Dingen nach der konsolidiert wirtschaftigung des Preisges der Fall sein, wenn die Kosten aus dem steigen. Die große Anzahl der Raucher heißt: A

us ist natürlich, als daß die Handarbeit immer mehr in die Industrie beschäftigt wird. Aber auch die übrigen in der Industrie Beschäftigten müssen die Folgen der Steuer bald zu spüren bekommen. Der Rückgang der Produktion, der einmal infolge des Kriegs der Militärbelastungen eintreten mag, wird bestreift werden durch die infolge der Steuer erzwungene Einschränkung des Rauchgenusses. Schlechte Arbeitslosigkeit unter allen in der Industrie Beschäftigten würde die Folge sein. Denn niemand wird der Meinung sein, daß die neuen Steuern mit Beendigung des Kriegs aufgehoben werden. Gelingt das dann mehr als je gedacht? Und würde wirklich die Art der Steuer verändert, so doch nur um noch mehr an Abgaben aus der Industrie zu ziehen. Das System ist legen Endes doch die in der Industrie beschäftigte Arbeiterschaft. Es muß nun aus die Zukunft in den dümmsten Farben, und es gibt nur ein Mittel, die entstehenden Reibungen zu lindern, wenn sie nicht zu verhindern sind. Das geschlossenes Zusammenhalten in der Organisation wird gepaart mit dem Solidaritätsgefühl jedes einzelnen, imstande sein, allen drohenden Gefahren tüchtig entgegenzugehen. Würde wie, daß der Reichstag diese unfähige aller Steuern in den Papierlotto versetzt, damit das traurige Los der Tabakarbeiter, das ihrer ohnehin nach dem Kriege harrt, nicht noch verschärft werde.

R. E. Krumnow.

Protestversammlung.

In Berlin tagte am 7. März eine stark besuchte Versammlung der Tabakarbeiter, um zur Tabaksteuerfrage Stellung zu nehmen. Nach einem Referat des Kollegen Geyer wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von der Reichsregierung geplante neue Besteuerung der Tabakindustrie. — Durch die von den Verbündeten Regierungen veröffentlichte Steuervorlage wird die Existenz Tausender von Tabakarbeitern auf das schwereste bedroht, ja vernichtet. — Mit der Beendigung der Kriegslieferung für das Heer — durch die gegenwärtig die Tabakindustrie leidlich beschäftigt wird — wird der allgemeine Verbrauch der Tabakfabrikate eine starke Veränderung erfahren. — Hohe, durch den Krieg verursachte Tabakpreise veranlaßten bereits die Tabakfabrikate in bisher unbekannter Weise. — Tritt hierzu eine weitere Versteuerung der Preise durch die erschreckende Erhöhung der steuerlichen Belastung — wie sie in der veröffentlichten Vorlage vorliegen ist — so muß eine starke Verminderung des Verbrauchs an Tabakfabrikaten und infolgedessen eine entsprechende Einschränkung der gesamten Produktion der Tabakindustrie die Folge sein. Noch zahlreicher wie nach der Tabaksteuer im Jahre 1909 werden die Entlassungen von Tabakarbeitern eintreten. — Die Übergangsverhältnisse von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft werden dazu die Wirkung auf die Tabakindustrie besonders ungünstig ausüben, weil die Einschränkung des Verbrauchs notwendiger Lebensmittel — die bereits jetzt schon zu bemerken ist — weit voranzugehen wird, um so mehr, je höher die Preise der Tabakfabrikate durch die neuen Steuerothen getrieben wird.

Die Sorge um ihre bedrohte Existenz veranlaßt daher die verantwortlichen Tabakarbeiter Berlin, gegen die unerhörte Schädigung der Tabakindustrie und ihrer Arbeiterschaft aus dem energisch zu protestieren und den Reichstag dringend zu ermahnen, eine weitere Besteuerung der Tabakindustrie durch höhere Besteuerung zunächst abzulehnen.

Tabakschwinger.

Nebenbei steht man in letzter Zeit von Tabakarbeiter. In der zuletzt genannten Zeit geht man zwischen den Stoff und der Tasse, um bis auf Kosten der Güterabgaben ein entlastendes, gutes Leben zu verhindern. Das kann dabei die Verantwortlichen, die neuen „Tabakarbeiter“ bewirkt, es kann auch für die Betriebsräte äußerst ängstlich. Richtig! Darauf ist es möglich in unserer Betriebsräte jüngste Klagen:

„Mein Kaffee kostet 25 Pf. pro Tasse. Sonstige 25 Pf. pro Tasse. Mindestens 25 Pf. pro Tasse.“ Das kann man nicht tun. 25 Pf. pro Tasse, 25 Pf. pro Tasse, 25 Pf. pro Tasse, 25 Pf. pro Tasse.“

Da um diese Zeit der Kaffeepreis nicht ganz so hoch stand, wie hier angegeben, müßte sich ein Teil mit kleiner Sause, um diese vorhandenen Kaffees zu kaufen, zu machen. Ein gemischt W. Schmidmann, Hannover. Schmidmann, 6 A. möglicherweise, war es, der die Angabe vorgenommen hatte und der die so kleinen Betreibenden sicher benachrichtigt, daß er seinen losortigen Kaffee dem Embargo der Kaffees entgegensteht. Schmidmann hatte er auf seiner Karte den Vermerk stehen: Bonito: Krebskau! Dieses veranlaßte die Kaffeeverbraucher, ihre Ware ohne Sicherung ihm abzuliefern. Und weiter zu schreiben, wie es es möchte. Der Mann war auch absolut nicht widerlich; er stellte ebenso direkt nach Woken von meistern Gemüsen, wie nach denen kleiner Kaffeearbeiter, die ihm nur keinen anbieten konnten. Aber keiner hat es heute einen wenig erhalten, obgleich sich die Stadtwirtschaft schon mit seinem sauberem Kaffee beschäftigte. Allen hat er versprochen, zu zahlen, aber später, und einige Monaten, wie die verschiedenen Brüderzulagen unten, habe er 400 M auf der Sparasse zu Hannover stehen. Bis jetzt haben sich nun durch Stühlmann Geschäftigkeiten gemeldet, wahrscheinlich sind es noch mehr, und die Summe dürfte 1000 M erreichen, die der Mann mit dem Kreditkonto mehr zu verleben hat. Es kann nur allen Beschäftigten bringend geschehen, selbst noch persönlich Strafantrag an die Staatsanwaltschaft zu Hannover zu stellen, obgleich die Woken schon überzeugt sind, falls sie sich durch die Vorstellung des Kaffeezolles verleiten lassen, die Woken zu senden. Der Mann hat nach der Auskunft kein beträchtliches Guthaben, umgekehrt ist es, siedet den späteren

Ordnungsstreit man in dem Blatte im diebstahligen kleinen Tadel ausgesprochen, weil esriet, daß die Arbeitgeber nicht mit Angestellten der Gewerkschaften unterhandeln sollten; das heißt, eine Branche in unerhörter Weise zu den Bürgern hinzutreten. Und um den Voraus der Arbeiter abzulenken, betonte Stresemann, daß das Sozialrechtsrecht und die Freiheitigkeit der Arbeiter nicht unterlaufen werden dürfe, daß es eine gute Regelung der Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege gesorgt und der Arbeitslosenunterstützung große Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse usw. usw.

Wie eine Antwort auf diese Abschaffung liegt sich, was wir in dem Blatte über die Fortführung der Sozialpolitik lesen, die ihm freilich immer ein Grenz gewesen ist. Denn das Blatt sagt, ich, gibt das Unternehmen den „Herr-im-Hause-Standpunkt“ auf, gewährt es den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht zur Gestaltung der Arbeiterverhältnisse, dann werden die Arbeiter stets nach Erweiterung ihrer Rechte drängen. Darum wendet es sich erneut gegen die Fortführung der Sozialpolitik in folgenden ausgesprochenen Sätzen, die von der Deckung der Kriegsosten ausgehen:

„Es wird nun aber im besonderen zu erwarten sein, wie man sich angesichts dieser finanziellen Lage, angesichts der hohen Inanspruchnahme der Gewerkschaften die Fortentwicklung der Sozialpolitik zu denken hat. Wir werden möglicherweise etwas noch neue Anwendungen für Soziale Zwecke zu machen. Sollte man nicht die alten Propheten, die heute allzu voreilig der Arbeiterschaft alle möglichen Neuerungen als Lohn für die Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht versprechen, ein wenig zurücknehmen? Gewiß werden unerlässlich und dem Gesamtwohl zugute kommende Errichtungen immer geschaffen und vervollkommen werden müssen. Allein, es ist doch immer wieder zu überlegen, ob das Unternehmen das in der großen Aufschwungperiode vor dem Kriege noch lediglich alle sozialen Lasten tragen sollte, auch in Zukunft eine gleiche Wirtschaftslast befreien wird. In einem Staat, der alle wirtschaftlichen Kräfte wird anspannen müssen, um seine Wehrkraft auf der Höhe zu halten, um seine Kulturaufgaben zu erfüllen, um seinen Bürgern gerecht zu werden, wird man es sich einmal, zweimal, dreimal überlegen müssen, bevor man auf neuen sozialpolitischen Experimenten auf dem Gebiete der Sozialpolitik weitertritt. Man wird sich sogar fragen müssen, ob es nicht in gewisser Beziehung notwendig sein wird, die bisher getretenen, grundsätzlichen Ansichten sozialpolitischer Arbeiterschaften grundlegend zu ändern.“

Wie man sieht, läßt sich das Blatt nicht im mindesten um den Voraus Stresemanns, es weiß schon, daß es in den Unternehmertümern volle Zustimmung für seinen Standpunkt findet. Wir wollen nun auch nicht gegen diese Neuerungen polemieren, sie sprechen für sich selbst, und die Kämpfe der Zukunft werden ja zeigen, wie die „Experimente auf dem Gebiete der Sozialpolitik“ ausspielen werden. Daß dabei die Arbeiter trotz des Widerwillens des „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ und der Unternehmer selbst ein gewichtiges Wortchen mitsprechen werden, wollen wir nur hinzufügen, damit man sich keiner Täuschung hält.

Dagegen wollen wir jedoch die Methoden des Blattes noch etwas näher betrachten. Besonders, wie es den Unternehmern zur Hand geht in der Ausbeutung der Arbeiter. So verteilt es z.B. die geringeren Löhne für weibliche Arbeitskräfte, auch wenn Frauen die gleiche Arbeit leisten, wie Männer. Zu dem Zwecke stellt es den Grundsatz auf, die Lohnhöhe müsse bestimmt werden nach der durchschnittlichen Gleichheit der Bedürfnisse aller beteiligten Arbeiter. Mit der Bedeutung dieses Satzes tut sich der Entdecker noch etwas zu gute daran, denn eine solche Lohnbemessung hält er für gerecht, weil ja die Bedürfnisse der Frauen und auch der Jugendlichen nicht so groß seien, als die eines Familienvaters.

Diese ganze Argumentierung ist jedoch leineswegs neu, wir haben sie schon in unseren jungen Jahren bekämpft. Besonders in kapitalistischen Streitschriften gegen den Rassalischen Grundsatz vom „echeren ökonomischen Lohnsystem“ wurden vor circa 40 Jahren dergleichen pfiffige Redensarten gegen die Forderung der Arbeitera für gleiche Leistung gleichen Lohn — eine gewendet.

Teile und herrige! — ist ein auch von dem Unternehmertum befolger Grundsatz. Und zwar handelt es immer eine gerissene Anwendung. Den männlichen Arbeitern teilt man zunächst die ertragreichere Arbeit zu, für die man leicht höhere Lohn zahlen konnte, obwohl auch dieser höhere Lohn in keinem Verhältnis zum Ertrag der Arbeit stand, sondern möglichst niedrig gehalten wurde. Die Arbeit der Frauen wurde aber mit Löhnen bedacht, die in weitem Abstand von denen der Männer noch viel niedriger waren. Da wurden auch die geringeren Bedürfnisse der Frauen als Grund mit angeführt, sonst aber wurde gemeinhin die Arbeitsergebnis der Frauen als eine geringere bezeichnet, obgleich es meistens nicht zutraf.

Nicht nur die technische Entwicklung strafte mit der Zeit diese Unterscheidung zwischen männlicher und weiblicher Arbeit Lügen, auch da, wo noch die Landarbeit vorherrscht, zeigt sich, wie unwahr diese Unterscheidung ist. Wir in der Zigarettenindustrie haben dies sozusagen handgreiflich gelernt. Der faule Zauber der geringeren Einschätzung weiblicher Arbeit wurde nur dazu benutzt, die Löhne im allgemeinen fest zu halten, und dann, die Löhne der Männer mit Hinweis auf die niedrigeren Löhne der Frauen tiefer herabzudrücken. Auch für diese Behauptung branchen wir nur auf die Lohnverhältnisse in der Tabakindustrie hinzuweisen, ohne auf Einzelheiten näher einzugehen zu müssen.

Und wie es mit den Frauenlöhnen getrieben wird, so auch mit denen für Jugendliche. Obgleich die Arbeit Jugendlicher vielfach gleichwertig der Arbeit Erwachsener ist. Auch in diesem Falle weisen wir auf das Beispiel der Tabakindustrie hin; doch auch in der Textil- und in anderen Industrien trifft es zu, daß die Arbeit Jugendlicher ebenfalls entlohnt wird, obgleich der Unternehmer das Produkt gleichwertig neben das erwachsener Arbeiter stellt.

Gegenüber diesen Sachen ist es mehr als eine Finte, wenn das Blatt zu der These von der „durchschnittlichen Gleichheit der Bedürfnisse“ schreibt: „Erkennt man das für richtig an, so folgt, daß es nicht ungerecht ist, dem Jugendlichen einen geringeren Lohn zu zahlen als dem

Die Moral niedriger Löhne.

Ein Blatt, das konsequent den kapitalistischen Interessen dient und sich durch den „Einschieden“ nicht einen Augenblick davon abringen läßt, offen zu sagen, wie der Kapitalprofit zu wahren ist, ist die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“. Obwohl wir mehrfach gegen sie Stellung nehmten, um ihren harren, gegen die Arbeiterschaften gerichteten Einschlägen Ein zu leugnen, müssen wir dem Blatt doch zugestehen, daß es aus seinem Herzen keine Mäßigung mehr, in der verhängte Schärfe über Ziffern elend vegetieren möchte.

Es läßt sich darin auch nicht bestrafen, wenn es wegen seiner Offenheit hier und da von guten Freunden getrieben wird, die andere Methoden des Kampfes gegen die Arbeiter sieben und ihre Ressource zu schöpfer und frischen Wegen nehmend, auf denen sie die Arbeiter von ihren Interessen ablenken wollen, resp. sie überreden zu können lassen. Bekanntlich hat auch der nationalsozialistische Abge-

Kundgebungen, daß es vor allem aber auch nicht ungerecht ist, wenn ein Arbeiter einen geringeren Lohn fordert, als der andere, daß also das Sinten des Lohnes eine sowohl wirtschaftlich als gesellschaftlich einwandfreie Erscheinung ist."

Einwandfrei ist diese Erscheinung nur insofern, als ein bürgerliches Gesetz diese ungerechte und moralisch verwerfliche Ausbeutung hindert, der gar bestrebt. Aber nicht einwandfrei ist diese "Erscheinung", richtiger Ausbeutung, weil schon die Nebensart von der durchschnittlichen Gleichheit der Bedürfnisse mehr auf die Bedürfnisse der Frauen nach der Jugendlichen anwendbar ist. Freilich erhält der Familienvater nicht Lohn genug, um seine Familie menschentüchtig erhalten zu können, nicht einmal zur genügenden Ernährung reicht er in den meisten Fällen aus. Noch weniger einwandfrei ist diese Methode, wenn der Unternehmer aus der Arbeit der Frauen und Jugendlichen höheren Gewinn schlägt, indem er sie zu gleichen Preisen verkauft wie die Produkte, die Erwachsenen herstellen. Ganz abgesehen von dem volkswirtschaftlichen Schaden niedriger Löhne.

Doch das ist eben die Folge kapitalistischer Moral. Nur ein unzurechnungsfähiger Arbeiter könnte durch sie bewogen werden, geringeren Lohn zu fordern, als andere. Und mit wirklicher Moral steht diese kapitalistische auf äußerst gespanntem Fuße.

Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo die kapitalistische Moral richtig eingeschätzt und für alle Seiten verpönt wird.

Arbeitsvermittlung.

Mit der Arbeitsbeschaffung nach dem Kriege befassen sich wohl viele Organisationen und Behörden, aber wirklich ernsthaft wird die Sache außer von den Gewerkschaften nicht angefasst. Man entstellt sich, daß selbst der Reichskanzler auf die Unregelmäßigkeiten aus gewerkschaftlichen Kreisen wohl seine Sympathie für diese Angelegenheit zu erkennen gab, aber die praktische Ausführung der Arbeitsvermittlung auch auf die Zeit verschoben wissen will, bis die Kriegsdienst leistenden Millionen nach Schluß des Krieges zur friedlichen Arbeit zurückkehren.

Diese Hinausschiebung halten wir aber für verlebt. Und das, was die sogenannten Centralarbeitsnachweise vorbereitend tun sollen, genügt durchaus nicht, wie wir schon einmal darlegten. Eine wirklich gute Arbeitsvermittlung darf sich nicht schematisch auf die Bekanntgabe der freien Arbeitsstellen an die Nachfragenden beschränken. Sie muß in engem Zusammenhang mit der gesamten Gestaltung des Arbeitsmarktes stehen. Besonders eine staatlich gesetzte und unterstützte Arbeitsvermittlung hat darauf zu achten, daß die Arbeitslosigkeit nicht zur Überspannung der eingestellten Kräfte ausgenutzt und damit die Arbeitslosigkeit gesiegt, infolgedessen die Zahl der freien Arbeitsstellen noch verringert wird.

Auch darf keineswegs gebuhlt werden, daß den wegen Kriegbeschädigung in ihrer Arbeitskraft beeinträchtigten Arbeitern geringere Löhne bezahlt werden, weil das zur Lohndrücker überhaupt führen müßte. Hierdurch würde die Produktion beeinträchtigt, während höhere Löhne verstärkte Kaufkraft der Arbeiter zur Folge haben und nur der Massenverbrauch das geeignete Mittel zur Hebung der Gesamtirtschaft des Volkes ist. Deshalb müssen sich Behörden und Parlamente mit allen Mitteln gegen eine solch schmachvolle Behandlung der Kriegbeschädigten durch kapitalistische Praktiken lehnen. Im preußischen Landtag wurde bereits durch den Abgeordneten Genosse Hns erklärt, daß Kriegbeschädigten die Militärenten auf die Löhne angerechnet worden seien.

Ein Großindustrieller, der nationalliberale Abgeordnete Röhlings, betonte demgegenüber, daß die gesamte westliche Industrie ein derartiges Verfahren verboten und daß den Kriegbeschädigten nach Maßgabe ihrer Leistungen ihr Lohn unbedingt zuteil werden sollte. Das ist wohl gut und schön, aber die Arbeiter werden die trotzdem vor kommenden Fälle der profitsüchtigen Ausnutzung der Kriegbeschädigten selbst bekämpfen müssen. Das Anstreben der zuständigen Behörden ist dazu ein Mittel, dessen sie sich bedienen werden. Dann muß sich zeigen, wie der auf diese Weise betriebenen Arbeitsverschlechterung, die nicht ohne Einfluß auf die Arbeitsvermittlung ist, das Handwerk gelegt werden kann.

In Bayern hat das Ministerium des Innern im Vernehmen mit dem Verband bairischer Arbeitsnachweise geprüft, ob die bairischen Arbeitsämter so verteilt und eingerichtet sind, daß sie der künftigen Arbeitsvermittlung gerecht zu werden vermögen. Es ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß zwar im allgemeinen die Zahl und Verteilung der Arbeitsämter dem Bedürfnis entspricht, daß sie aber zu dem vorgesehenen Zwecke „des äußeren Ausbaues und der inneren Ausgestaltung bedürfen“. An die Behörden sind darum schon im Januar dieses Jahres Wünsche ergangen, von denen wir folgende hervorheben wollen:

1. Die Ausstellung von hauptamtlichen Leitern für die größeren und von eigenen nebenamtlichen Arbeitsvermittlern aus den in Betracht kommenden Berufszweigen bei den kleineren Arbeitsämtern, für die weibliche Arbeitsvermittlung die Ausstellung von Frauen.

2. Die vermehrte Bildung von Fachabteilungen für die wichtigsten Berufszweige und jedenfalls die Bildung von besonderen Männer- und Frauenabteilungen bei den größeren Arbeitsämtern.

3. Die grundsätzliche Errichtung eines partizipativen Verwaltungsausschusses bei allen Arbeitsämtern. Dem Ausschuß sollen unter dem Vorsitz des gemeindlichen Vertreters Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl angehören, die auf Vorschlag der beteiligten Berufsgesellschaften den beteiligten Berufszweigen (Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft) entnommen werden soll. Dem Ausschuß ist nicht die eigentliche Arbeitsvermittlung, sondern die Aufgabe zugedacht, die Gemeindeverwaltung bei der Ausgestaltung des Arbeitsamtes und

der Ausstellung der Leiter und Arbeitsvermittler zu beraten, die allgemeinen Grundlagen festzulegen, nach denen die Arbeitsvermittlung zu erfolgen hat, und gegebenenfalls Beschwerden gegen das Arbeitsamt und seine Leiter und Arbeitsvermittler vorzubereiten.

So einer schon während der Kriegszeit die Arbeitsvermittlungsstellen funktionieren, um so sicherer werden sie arbeiten können, wenn am Schluß des Krieges die Arbeitskräfte zurückkehren, die der Gesamtirtschaft jetzt durch den Kriegsdienst entzogen sind. Die größten Schwierigkeiten werden freilich entstehen, wenn die Tätigkeit der Kriegsindustrien erlischt oder auf ein Minimum gegenüber der jetzt hochgeschraubten zusammengezerrt ist. Denn dann wird alles sich erst langsam auf den Bedarf für die kommende Friedenszeit einrichten. Nicht nur der Bedarf im Inland, auch die Beziehungen zum Ausland kommen dabei in Betracht. Und gerade in letzterer Beziehung wird es leider wahrscheinlich sehr hapern, denn hüben und drüben, bei den Zentralmächten, sowie bei den andern kriegsführenden Mächten scheint man einen Wirtschaftskrieg vorzubereiten, der die Feindeseligen nach dem Friedensschluß noch auf wirtschaftlichem Gebiet fortsetzen soll. Nichts Schlimmeres könnte den Völkern nach Friedensschluß passieren, als ein solcher Wirtschaftskrieg, unter dem wieder in erster Linie die Arbeiter am meisten zu leiden hätten.

Um so mehr müssen sie darauf dringen, daß alle Maßnahmen jetzt schon ernstlich getroffen werden, die geeignet sind, die traurigen Folgen der ungeheuren wirtschaftlichen Verwirrung abzuschwächen. Denn ohne Beeinträchtigung ihrer Lage geht es für die Arbeiter selbst bei der günstigsten Wertung der Dinge nicht ab.

Auch in den Gemeinden müssen die Arbeiter ihren Einfluß geltend machen, damit die Gemeindeverwaltungen sozialen Ausgaben mehr Interesse zuwenden. Selbst große und reiche Gemeinden stehen darin zurück. Wir wollen hier gar nicht davon reden, wie wenig Verständnis oft den gewerkschaftlichen Bestrebungen in Fragen der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsvermittlung entgegengebracht wird. So fragte z. B. neulich der bekannte Nationalökonom Prof. Stiede in Leipzig in dem dortigen Verein für Arbeitsnachweis über zuwenig Entgegenkommen gegenüber dem Plan einer Verstaatlichung des Arbeitsnachweises. Andere Städte seien vorangegangen, nur der Rat der Stadt Leipzig habe sich ablehnend verhalten. Und er folgte richtig hinzu, für seine Ausgabe würde der Rat der Stadt mehr Sympathie einnehmen, als für die Sorge um die Arbeitslosen. Obgleich wir der Meinung sind, daß die Arbeitslosenunterstützung reichsrechtlich geregelt werden muß, bleibt doch den Gemeindeverwaltungen immer noch viel zu tun übrig, in der Ergänzung der Unterstützung und der Arbeitsvermittlung.

Arbeitsämter sollten überall mit wirtschaftlich gut vorbildeten Kräften besetzt sein, die einen volkswirtschaftlichen Überblick besitzen, aber auch den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter Verständnis entgegenbringen.

Mit den alten bürokratisch eingefressenen Praktiken kommt man da nicht aus, und einseitige Meinungen für die kapitalistischen Interessen können höchstens alle Einrichtungen künstlich dichten, statt sie als Helfer in der Not erstmals zu lassen. Ob der Krieg, d. h. die Kriegsnot mit dem alten Schendrian aufräumen wird, ob höhere wirtschaftliche Gesichtspunkte künftig die Handlungen zur Beseitigung der schlimmsten Uebelstände lenken werden, das wird auch davon abhängen, wie die Arbeiter selbst ihre Angelegenheiten künftig in die Hände nehmen. Daß die gewerkschaftliche Energie aus den Wirren des Weltkrieges gestärkt und gelautert hervorgehen wird, darüber besteht für uns kein Zweifel.

Bleibt nur noch übrig, ob ihrer praktischen Tätigkeit künftig die schweren Hindernisse in den Weg gelegt werden, wie vor dem Kriege. Die alte Methode hat unzweifelhaft abgewirtschaftet. Ob man mit einer neuen weiter kommen würde, bezweifeln wir. Soll aber wirklich Ernst gemacht werden mit sozialpolitischen Verbesserungen, dann muß überhaupt von einer Beschränkung der Gewerkschaften absiechen werden. Nur mit ihrer Hilfe sind zweckentsprechende Fortschritte zu machen; sind sie doch die Bahnbrecher für Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsvermittlung.

Kundgebung zur Tabaksteuerhöhung!

Für den Bündener Tabakbezirk:

Sonntag, den 19. März, nachmittags 4 Uhr,
im Saale des Herrn Niemeyer in Bünde, Hangstraße.

Redner: Unser Vorsitzende Karl Deichmann und der Vorsitzende des christlichen

Verbandes, Gerhard Cammann.

Für den Bezirk Rehme:

Sonntag, den 26. März, nachmittags 4 Uhr,
im Saale des Herrn Röbke in Rehme

Redner: G. Niendorf, Bremen.

Soziale Arbeitspolitik und Gewerkschaften.

(Fortsetzung.)

III.

Die Gewerkschaften und die soziale Arbeitspolitik.

Die Gewerkschaften sehen sich völlig auf die eigene Kraft angewiesen und ließen sich in ihrer Gegenwartarbeit nicht beirren. Sie muteten von unten auf mit dem Ausbau ihrer Organisation beginnen, die Arbeitsschaff-

an die Zahlung höherer Beiträge gewöhnen, um die Organisation widerstandsfähiger zu machen, die Anziehungskraft der Organisation durch Einführung von Unterstützungsangeboten als Werbe- und Bindemittel verstärken, die Schlagkraft in Lohnkämpfen durch Zentralisierung und Reglementierung der Kampfführung erhöhen, die Kaufpreise als Erziehungsmittel verbessern und die Verwaltungseinrichtungen zu einem festen Organisationsstelle gestalten. Sie haben die Jahre der Wirtschaftskrisis bis 1895, wie auch die folgenden Kampfsäfe der Hochkonjunktur benutzt, um den Beweis zu führen, daß wirkliche Gewerkschaft möglich sind und daß ein Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiter mit Erfolg geführt werden kann. Sie mußten freilich alle Kräfte auf den wirtschaftlichen Kampf beschränken, denn vor ihnen lag eine Riesenaufgabe und ihre Kräfte und Mittel waren gering. Sie konnten sich daher wenig mit der Sozialpolitik befassen, obwohl es ihnen tagtäglich fühlbarer wurde, wie unvorbildlich es sei, die gewerkschaftlichen Erungen für die Not des Niederganges gegen Abwendung gefestigt zu befestigen, die seitherigen gesetzlichen Grundsagen durch eine scharfe Gewerbeaufforderung zu sichern, die Verwaltung der staatlichen Arbeiterversicherung und die gewerbliche Rechtsprechung durch Arbeitervertretung in sozialem Geiste zu entwickeln und neue sozialpolitische Gesetze durch Erhebungen, Kongresse, Anträge und Entwürfe vorzubereiten. Die Generalkommission hatte den Gewerkschaftsvorstand schon 1894 eine solche sozialpolitische Befürchtung nahegelegt, aber die Rückicht auf vereinsgesetzliche Schwierigkeiten sowie parteipolitische Spannungen hielt die meisten davon ab, diesen Weg zu beschreiten. Die parteipolitische Kritik, die die gewerkschaftliche Beteiligung an den Arbeitsnachweissdebatten der vom freien Hochstift in Frankfurt a. M. 1893 einberufenen Konferenz erfahren hatte, wirkte absehend.

Aber in den Gewerkschaftskreisen war man sich auch bewußt, daß die Gewerkschaftsarbeiter der Sozialpolitik vorausgehen muss, daß sie erst die Grundlagen für das Wirken des Gesetzgebers schafft. Gewerkschaftliche Tätigkeit ist es, die die wirtschaftliche Lage des Arbeiters erfährt, die ungewönden Arbeitsverhältnisse unter denen er leidet, den Umfang, die Gemeinschädlichkeit solcher Missstände nachweist und die Durchführbarkeit der erzielten Reformen begründet. Gewerkschaftliche Tätigkeit ist es, die die Arbeiterschaft selbst als die überzeugendste Unterstreich ihrer Wünsche und Forderungen austrust und organisiert, besonders wenn es sich um berufliche Missstände und Forderungen handelt. Und Gewerkschaftsarbeit ist es, welche das Unternehmertum zur Beachtung der gesetzlichen Botschriften erzieht.

Aber das Wirken der Gewerkschaften geht weit über diese sozialpolitischen Hilfsleistungen hinaus. Zum gemeinsamen Gewerkschaftsamt steht ein großes Maß praktischer Sozialpolitik. Der gewerkschaftliche Kampf für Arbeitszeitverkürzung ist praktische Sozialpolitik, denn er schafft erst die Grundlage für den gesetzlichen Normalarbeitsstag und lädt dem Gesetzgeber die größten Sozialrechte in der wirtschaftlichen Praxis hinein. Das gilt besonders für den Normalarbeitsstag der erwachsenen Arbeiter, an den die Gesetzgebung nur in erstaunlichsten Ausnahmen herangetreten ist. Der gewerkschaftliche Kampf für die Erhöhung, Regelung und Sicherung der Arbeitslöhne ist praktische Sozialpolitik, denn er verbüttet ein Versinken der Arbeitersklasse in Pauperismus und macht die Arbeiter zu einem wirtschaftlich und kulturell bedeutsamen Faktor im Staateswesen. Ohne die Lohnpolitik der Gewerkschaften könnte die deutsche Arbeiterschaft auf dem Niveau der Primärarbeiter, denen die Gesetzgebung durch staatliche Lohnfestsetzungen helfen müßt. Der gewerkschaftliche Kampf für gesunde Arbeits- und Betriebsverhältnisse ist praktische Sozialpolitik, denn er erleichtert nicht bloß der Gewerbeinspektion die Durchführung der gesetzlichen Botschriften, sondern stellt die Kraft der Selbsthilfe auch in den Dienst der öffentlichen Hygiene, wo die Kraft der Gesetzgebung bisher versagt hat. Der Aufbau starker gewerkschaftlicher Organisationen ist praktische Sozialpolitik, denn in ihnen werden die Kräfte gesammelt, die der Ausdeutung der Arbeitersklasse durch das Unternehmertum unmittelbar entgegenwirken und dem Staat, der ernsthafte Sozialreform treiben will, die Befämpfung ungefundener Ausbeutung erleichtern, dem Staat aber, der seinen Lebenszweck im Schutz der Unternehmerinteressen sieht, eine wirkliche Sozialreform abringen. Das gewerkschaftliche Unterstützungsweisen ist praktische Sozialpolitik, denn es ergänzt nicht allein die staatliche Arbeiterversicherung, sondern zeigt ihr auch neue Wege und hat besonders in der Organisation der Arbeitslosenunterstützung das Vorbild und zugleich die Grundlage für eine staatliche Arbeitslosenversicherung geschaffen. Der gewerkschaftliche Kampf für Arbeiterversicherung in der Arbeiterversicherung und Rechtsprechung ist praktische Sozialpolitik, denn er erreicht und erwirkt eine soziale Verwaltung und Strafrechtspraxis auf dieser Gebiete sozialer Praxis, die besser als papierne Gesetze und Botschriften den sozialpolitischen Inhalt zum Gemeingut des ganzen Volkes machen.

Das ganze Wirken der Gewerkschaften ist auf die praktische Sozialpolitik eingestellt. Die Trennung zwischen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben wird durch die früheren Vereinigungen begünstigt und eine durch längere Umstände erzwungene. Die eigentlich Aufgabe der Gewerkschaften lag von Anbeginn in der praktischen Gegenwartarbeit, die eine Trennung zwischen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Tätigkeiten nicht ohne Nachteil erträgt. Die Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaften wurde dadurch eine andere, als es in der Vorbeide der Organisationen liegen mußte. Die sozialdemokratische Partei ist eine Partei, die eine tiefe und weite Umgestaltung der Produktion, staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge erstrebt, ein Ziel, das über den Boden, auf dem die Gewerkschaften läuft, weit jenseit reicht. Deshalb besteht aber kein Gegensatz zwischen beiden, denn die Gewerkschaftsarbeit ist kein Kampf gegen die Ziele der Sozialdemokratie, ihr Wirken liegt am Wege, nicht im Wege der letzteren. Die Partei kann natürlich auch Sozialpolitik treiben, wenn sie aber den Gewerkschaften damit zuwirkt will, muß sie Sozialpolitik als praktische

Gegenwartspolitik treiben, denn die Gewerkschaften brauchen sie als solche. Die Partei glaubt ihnen um ihrer weitergehenden Ziele willen die Gegenwartspolitik nicht im Sinne der Gewerkschaftspraxis betreiben zu können, und so waren die Gewerkschaften genötigt, diese praktische Politik selbst in die Hand zu nehmen. Das geschah noch den sozialpolitischen Debatten des Sozialarbeiterkongresses, als die Nachrichten des Hamburger Sozialarbeiterkongresses immer deutlicher einen Ansturm der Reaktion auf das Koalitionsrecht hervortrieben ließen. Die Kässertreppen vor Vielesfeld (1897) und Döhnhagen (1898), die Posadroschysche Rundschreiben über die Notwendigkeit einer Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung kündigten die Gefahr der Koalitionsentretung an und forderten den Widerstand der Gewerkschaftsbewegung heraus. Die Abwehrbewegung wurde von der Generalkommission einheitlich geleitet, die sozialpolitische Materialsammlung lag völlig in ihrer Hand und die Wirkung dieser unmittelbaren Gegenaktion war so erfolgreich und durchschlagend, daß damit zugleich der Besiegungsnachweis der Gewerkschaften zur praktischen Sozialpolitik, wenn es noch eines solchen bedurfte, glänzend erbracht war.

Verbändestell. Bekanntmachungen.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands, die seinerzeit zur Bekämpfung von Tabaksteuerplänen eingesetzt wurde und die, wie der Tabakarbeiterstaat bekannt ist, mehrfach die Bewegungen gegen Tabaksteuerpläne energisch geleitet hat, hat sich nunmehr aufgelöst. Der Grund für die Auflösung liegt in der Aenderung des Vereinigungsbes., so daß jetzt die Organisationen in der Lage sind, sich mit der Steuerfrage zu befassen.

Alle Zuschriften in bezug auf die geplante Tabaksteuer und die damit zusammenhängenden Fragen und Maßnahmen sind jetzt an den Vorstand des Verbandes zu richten. Bremen, im März 1916.

Der Vorstand.

W. verloren gemeldet: Menzingen, das Mittelbuch S. II 22 448, lautens auf August Schramm aus 2, eingetragen am 1. I. 1915. Die Beiträge sind bis zum 29. 8. 1914 entricht (S. 121.1). Im Vorgezugsfalle ist das Buch einzuziehen und an uns einzugeben.

Folgende Geber sind bei mir eingegangen (S. — Verbandsbeiträte):
am 3. März: Schweiz S. 100, — 4. Salzburg S. 100,— Gartha S. 450,— Römhild S. 100,— Berlin S. 500,— Bremen S. 200,— 5. Freiberg S. 300,— Neugersdorf S. 40,— Schöntau S. 50,— Groß-Strehla S. 125,50,— Osterode a. H. S. 50,— Lünen S. 150,— 6. Grimma S. 40,— Lipsstadt S. 30,— Adam S. 150,— Hirschberg S. 30,— Bunsdorf S. 30,— 7. Frankfurt a. O. S. 150,— Nordhausen S. 1000,— 8. Spremberg S. 50,— Berlin S. 300,— 9. Nienhagen S. 100,— Baunen S. 100,— Chemnitz S. 150,— 10. Burgdamm S. 200,— 11. Hamburg S. 2000.— Die Benommächtigen werden eracht, alle überschüssigen Geldeingaben.

Bremen, den 13. März 1916. S. Nieder-Wallau.

Arbeitsmarkt.

Offene Stellen.

Zwei Zigarettenarbeiter, die selbst Wiesel machen können, in der Nähe von Potsdam. Nachzufragen: Gauarbeitsnachweis Berlin, Bill. Voerner, Berlin S. 64. Dragoneerstr. 6 a, II.

Ein Koller und ein Zigarettenarbeiter, der sich selbst Wiesel macht, aber für leichter einen Koller mit Wismutmacher, für eine Tarifsumme bei Dresden. Nachzufragen: Gauarbeitsnachweis, Joseph Doener, Dresden I. Schützenplatz 20, III.

Ein tüchtiger Sortierer nach Blattabwerba. Nachzufragen: Belegschaftsnachweis für Sortierer, Vogt Bernhard, Dresden-Briesken, Braunschweigerstr. 8, III.

Drei Zigarettenarbeiter auf Form, lohn 10—15 M bei freier Zeit und 10prozentiger Leistungszulage, für einen kleinen Orl bei Kiel. Post und Wohnung 10 M. Nachzufragen: Gauarbeitsnachweis, Gottlieb Osterholz, Altona, Wallstraße 1.

Der Verbandsvorstand.

Zentral- Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Bureau: Hamburg 21, Projektstr. 5. Aufsichtsrat: Dr. Ebdom, Brandenburg a. H., Seestadt 2.

Bilanz für das 1. Quartal 1915: Rossmarkt am 30. September 167 726,73 M. Ertrahme 29 121,98 M.; Summa 190 848,71 M.; Ausgabe 16 003,03 M. Rossmarkt am 31. Dezember 174 840,66 M.

Hamburg, den 12. März 1916. S. Ditt.

Gestorben:

Gefallen am 18. Februar bei Kantabellheimer Wilhelm Bennevoli aus Groß-Werther, 80 Jahre alt (Bahnstelle Nordhausen).

Seinen Verlebungen erlag am 27. Februar im Feldlazarett der Gartenarbeiter Gustav Weiß aus Olfen (Bahnstelle Soltau).

Seinen Verlebungen erlag am 8. März im Lazarett zu Halberstadt der Zigarettenarbeiter Kurt Simon aus Lübeck, 33 Jahre alt (Bahnstelle Hirschberg).

Am 17. Februar starb zu Nordhausen die Mutterin Henriette Zimmermann aus Nordhausen, 53 Jahre alt.

Am 6. März starb zu Wiesbaden der Zigarettenarbeiter Heinrich Röperich aus Wiesbaden, 62 Jahre alt.

Am 8. März starb zu Cöln die Zigarettenarbeiterin Frau Elsa Weiß aus Cöln, 22 Jahre alt.

Am 11. März starb zu Altona der Zigarettenarbeiter Fritz Rosse aus Elmshorn bei Kiel, 39 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Ecksfein
Zigaretten
Einzig in Qualität
Truiffrei
AMESTEIN & SÖHNE, DRESDEN

Größtes Wickelformenlager Deutschlands

JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER

L. COHN & C°
BERLIN N. BRUNNENSTRASSE NO. 24.

Verlangen Sie sofort kostenlos

Unsere Haupt-Preislisten Modellbogen, Zigarrenband, Zigarrendruck, Papier-Tragent-Muster etc.

Kein
Tabakarbeiter
darf mehr
unorganisiert sein!

Bewährte Bezugsquelle aller
zur Zigarettenfabrikation ge-
eigneten Rohtabake zu günstigen
Marktpreisen. Jeder-
zeit werden Röpfe gegen so-
fortige Kasse zum Tagespreise
abgenommen.

Loos Well, Speyer.

Rohtabakhandlung

lautet bei Aufgabe der Fabri-
kation z. Tabate und Uten-
silien gegen sofortige Kasse.
Off. mit Preisangabe unter
Kürze N. 100, Exp. d. V.

Briefkasten.

Nr. 60 4.

Auftrag! Rohtabak!

Hengfoss & Maak
Altona - Ottensen
Filiale: Berlin N,
Brunnenstrasse 25.

Drucksachen

aller Art, in moderner
Ausführung für Private
u. Vereine liefert billigst
J.H. Schmalzfeld & Co.
Bremen Geeren 6/8

Gelehrte Tabak-Arbeiter

bilden ein vorzügliches Agitations-
mittel, deshalb gebe man sie kein
an unorganisierte Kollegen weiter.

Carl Roland

Berlin SO 26

Kottbusserstrasse 4.

Von meinen umfangreichen
Java-Ankäufen treffen die
ersten Anfragen ein. Preis-
offerte in nächster Nummer.

Unserem Kollegen Wilhelm Wedelink zu seinem am 21. März stattfindenden 70. Geburtstage die
herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen d. Bahnstelle Nied.

In der letzten Amsterdamer Einschreibung vom 18. Februar d. J. kaufte ich sämtliche Partien Domingo zusammen

1398 Seronen Domingo, verschiedene Marken

1370 Ballen Java, Seedleaf und Domingo

betrugen meine direkten Partienkäufe am 4. Februar

1099 Ballen Java und Venezuela

betrugen meine direkten Partienkäufe am 14. Januar

3867 Ballen kaufte ich somit in geschlossenen Partien

In den Einschreibungen dieses Jahres

Mit Angeboten stehe ich gern zu Diensten

Heinrich Franck, Berlin N 54

Rohtabakhandlung

Brunnenstrasse 25

Utensilien für Zigarettenfabriken

Rechtsbeschreibung: R. Heinrich Franck, Rohtabakhandlung, Brunnenstrasse 25, Berlin N 54. — Nach rechter Seite: R. Heinrich Franck, Rohtabakhandlung, Brunnenstrasse 25, Berlin N 54. — Nach links: R. Heinrich Franck, Rohtabakhandlung, Brunnenstrasse 25, Berlin N 54.